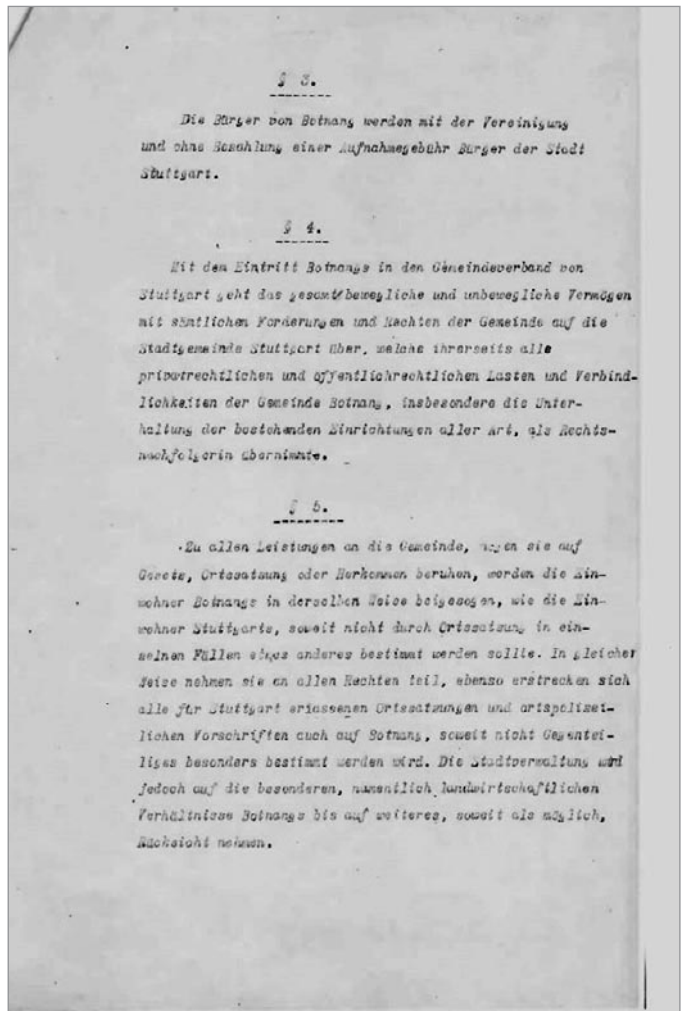
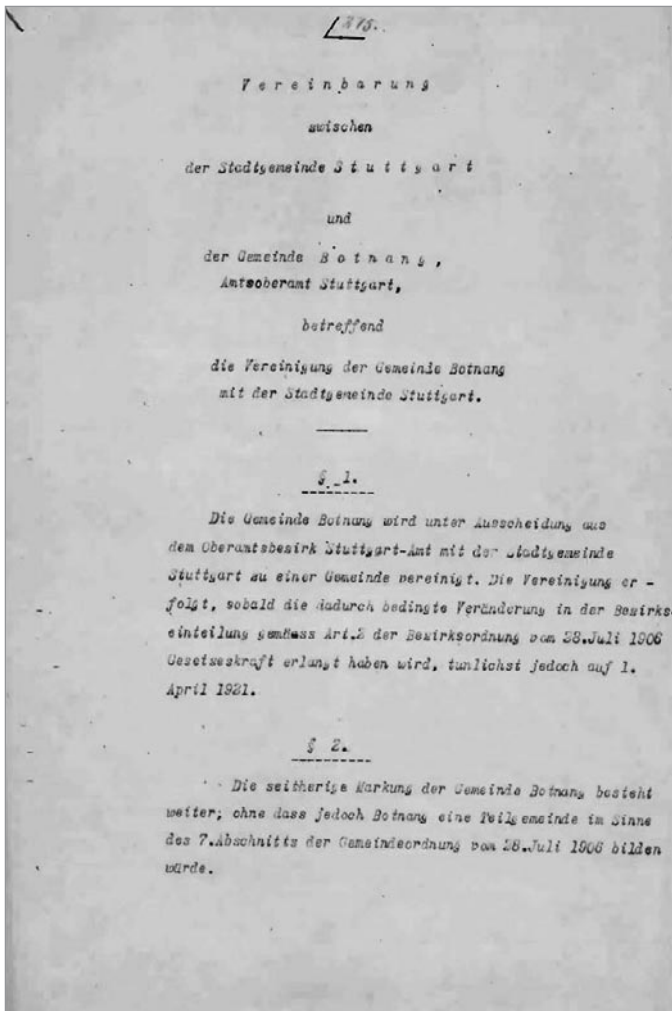




## 100 Jahre Stuttgart-Botnang



Am 1. April 1922 erhielten alle Botnanger Schülerinnen und Schüler einen Tag schulfrei und eine Brezel geschenkt. Der Anlass: Botnang wurde nach Stuttgart eingemeindet. Nach 18 Jahren Bemühungen erreichten die Botnanger ihr Ziel. Schon Ende des 19. Jahrhunderts fand ein großer Anteil der Einwohnerschaft seine Arbeit im benachbarten Stuttgart. Botnang konnte man damals schon zu Recht als Wohngemeinde für eine große Zahl von Stuttgarter Arbeiterinnen und Arbeitern bezeichnen. Es war aber zu sehen, dass die arme Arbeiterwohngemeinde die von Jahr zu Jahr steigenden Kosten für Verwaltung, Schule, Straßenbau, Kanalisation und andere Infrastrukturmaßnahmen nicht mehr selbst aufbringen konnte. Nur die Eingemeindung konnte Abhilfe schaffen. Doch das bürgerliche Stuttgart fürchtete die linken Botnanger.



## Die kommunale Selbstverwaltung – ein Überblick

Für Botnang bedeutete der Wunsch nach der Eingemeindung einen deutlichen Einschnitt nach einer fast 300-jährigen Selbständigkeit. Die württembergischen Gemeinden sind von ihren Anfängen her weitgehend vom Prinzip der Selbstverwaltung bestimmt. Für Botnang ist ab 1631 von einem eigenen Schultheißen, einem eigenen Gericht und einem eigenen Rat die Rede. Vorher wurde Botnang von Feuerbach aus verwaltet.

Der Schultheiß wurde im Beisein des herzoglichen Vogts von den männlichen Bürgern der Gemeinde durch die meisten Stimmen gewählt. Allerdings besaß der Vogt eine Einspruchsmöglichkeit. Das wichtigste Gremium vor Ort war nach dem Gericht der Rat. Das Gericht hatte die niedere Gerichtsbarkeit auszuüben und konnte eigene Strafen verhängen. Erweitert zum Rat konnte das Gericht über alle Fragen der Dorfverwaltung bestimmen. Die Gerichte, der Rat und das Schultheißen-

amt sollten nach der Landesordnung von 1610 mit frommen und gottesfürchtigen, erfahrenen, verständigen, ehrlichen, mit gutem Leumund sowie des Lesens und Schreibens kundigen Leuten besetzt werden. Die Wahl erfolgte in der Gemeinde. Doch die Gewählten waren von der Bestätigung des Vogts abhängig. Es war zwar nicht durch das Gesetz so bestimmt, aber in der Praxis üblich, dass die Gewählten der Oberschicht des Ortes angehörten. Die Auswahl war meist nur auf wenige Personen beschränkt. Zwar sollte der Schultheiß, die Richter und Räte nicht untereinander verwandt oder verschwägert sein. Diese Regel ließ sich nicht immer durchhalten. Schultheiß, Richter und Räte wurden immer auf Lebenszeit bestellt.

Deswegen führte König Wilhelm I im Jahr 1816 die Bürgerausschüsse ein, eine zweite Kammer auf kommunaler Ebene. Solange die Wahl der Gemeinderäte auf Lebenszeit bestand, sollten die Bürgerausschüsse die engen Beziehungen zwischen lebenslang gewähltem Schultheiß und den Gemeinderäten aufbrechen. Der Begriff "Vetterleswirtschaft" stammt aus dieser Zeit. In der Gemeinde unterschied man damals nach Bürgern und Einwohnern.



§ 6.

Die bisherigen Beamten, Unterbeamten, Angestellten und Arbeiter der Gemeinde, soweit sie hauptsächlich tätig waren, werden in den Dienst der Stadt Stuttgart übernommen und tunlichst entsprechend ihrer bisherigen Tätigkeit verwendet. Bezüglich der Dienst-, Gehalts- oder Pensionsverhältnisse der eingangs erwähneter Gemeindebeamten werden besondere Verträge abgeschlossen. Falls bis zum Zeitpunkt der Eingemeindung die Vertretung der Ortspolizei durchgeführt wird, bleiben die örtlichen Polizeibeamten von der Übernahme in den städtischen Dienst ausgeschlossen.

§ 7.

Die Stadt Stuttgart wird dafür besorgt sein, dass den Bewohnern von Botnang der Verkehr mit den städtischen Beamten nach Möglichkeit erleichtert wird. Insbesondere wird die Stadt Stuttgart solange als notwendig eine städtisch-kommunale Geschäftsstelle in Botnang unterhalten, die mit einem zur Unterschriftsbescheinigung berechtigten Ratschreiber zu besetzen ist. Bei der Geschäftsstelle in Botnang sind tunlichst auch die ständesamtlichen Geschäfte zu besorgen.

Die Stadt Stuttgart wird dafür einreten, dass das Grundbuchamt, das Vormundschafts- und Nachlassgericht in Settnau, verbleiben.

§ 8.

Die durch den Fölling der Gemeindebeiratsübertragung entstehenden Kosten übernimmt die Stadt Stuttgart.

Der Abschluss eines langen Weges: auf 4 Seiten wurde die Eingemeindung besiegelt. Rechts die Liste des zu übernehmenden Personals.

Das Bürgerrecht wurde vererbt oder konnte käuflich erworben werden. Bürger hatten mehr Rechte als Einwohner und Anteil am gemeinsamen Besitz der Gemeinde (Wiesen, Felder, Wälder). 1848 wurde in der Verfassungsreform die lebenslange Wahl der Gemeinderäte abgeschafft. Ab diesem Zeitpunkt wurden die Gemeinderäte wie die Bürgerausschussmitglieder auf 6 Jahre gewählt, eine Wiederwahl war möglich. Um eine kontinuierliche Arbeit zu erreichen, wurde alle 2 Jahre ein Drittel der Mitglieder neu gewählt. Im Jahr 1891 bekamen das Wahlrecht alle männlichen Bürger und Einwohner ab 25 Jahren. Allerdings mussten die Einwohner schon 3 Jahre in der Gemeinde wohnen und Steuern bezahlt haben. Die lebenslange Wahl des Schultheißen wurde erst 1906 abgeschafft und die Amtszeit auf 10 Jahre, bei einer Wiederwahl auf 15 Jahre begrenzt. Die Unterscheidung zwischen Bürger und Einwohner wurde erst 1919 nach der Revolution aufgehoben und zum selben Datum wurden die Bürgerausschüsse abgeschafft.

§ 9.

Die Gemeinde Botnang verpflichtet sich, mit sofortiger Wirkung bis zur Einverleibung in Stuttgart, ohne Zustimmung des Gemeinderats Stuttgart oder der ausländigen Abteilung oder Kommission, weder unbewegliches Vermögen zu veräußern, noch solche Ausgaben zu machen, die im Wege der dauernden oder schwebenden Schuldaufnahme gedeckt werden müssen, noch sonstige die Gemeinde auf die Zeit nach der Vereinigung bindende Verpflichtungen zu treffen. Auch dürfen Änderungen an den Gehalts- und Pensionsverhältnissen der Gemeindebeamten und -Unterbeamten ohne Zustimmung der Stadt Stuttgart nicht mehr vorgenommen werden.

§ 10.

Die Stadt Stuttgart ist an die vorstehende Vereinbarung nur für den Fall gebunden, dass spätestens gleichzeitig mit der Eingemeindung Botnangs auch die Eingemeindung der Gemeinden Hedelfingen und Obertürkheim erfolgt.

Stuttgart, den 27. Dezbr. 1920. Botnang, den 18. Dez. 1920.

Oberbürgermeister: *M. Schmidt* Gemeindevater: *M. Schmidt*

*H. Schmidt* *S. Seemann* *H. Schmidt*

Normalsahl 17 *H. Schmidt*  
Antschuldigt 2 *H. Schmidt*

Der Gemeinderat hat in seiner nichtöffentlichen Sitzung vom 23. Dezember 1920, § 1078, die vorstehende Vereinbarung genehmigt und zu ihrer Unterzeichnung den Stadtpräsidenten, Oberbürgermeister Lautenschlager, ermächtigt.

Zur Beurkundung  
Ratschreiber *H. Schmidt*

*H. Schmidt* *H. Schmidt* *H. Schmidt*  
*Christine Eweck*  
*Schmid*  
*M. Schmidt* *H. Schmidt*  
*M. Schmidt* *H. Schmidt*

Gemeindefolge Botnangs.

Verzeichnis  
der  
Gehalts-Posten.

1. Mayer, Ortsvorsteher,	24. Speidel, Oberlehrer.
2. Schumm, Ratschreiber,	25. Stein, Oberlehrer,
3. Schachtel, Gemeindefleher,	26. Seiser, Arbeitslehrerin,
4. Müller, Obersekretär,	27. Schneckenburscher, UJ
5. Stieger, Schreibhilfin,	28. Luppel, Unterlehrer,
6. Döschler, Lehrling,	29. Lutz, Unterlehrerin,
7. Frech, Hilfsarbeiter,	30. Gluck, Arbeitslehrerin,
8. Gehweiler, Polizeiwachtm.	31. Halm, Amtspfleger.
9. Baifinger, Hausverwalter,	
10. Beeh, Schutzmann,	
11. Ritter, Schutzmann,	
12. Sees, Feldschutz und Hilfsesch.	
13. Schöller, Hausverwalter,	
14. Artmann, Fleischbeschauer,	
15. Umgelter, Frohnmeister,	
16. Gehring, Rektor,	
17. Bartholomäi, Oberlehrer,	
18. Braun, Oberlehrer,	
19. Dannemann, Oberlehrer,	
20. Hee, Oberlehrer,	
21. Hofmann, Oberlehrer,	
22. König, Oberlehrer,	
23. Metzger, Hauptlehrer,	

# Botnang - eines der ärmsten Dörfer Württembergs

Botnang gehörte zum Oberamt Stuttgart (mit Sitz in Waldenbuch). Es wurden zehn Gemeinderäte und zehn Bürgerausschussräte gewählt. Christian Eicheler war der letzte Schultheiß. Er wurde 1897 noch auf Lebenszeit gewählt.

Durch die Randlage zu der stark expandierenden Residenzstadt Stuttgart befand sich Botnang in wirtschaftlicher Not: Die Industrialisierung lockte viele Menschen vom Land in die Stadt, die sich auch in den umliegenden Gemeinden wie Botnang niederließen. Die neu zugezogenen Arbeiterfamilien verursachten der armen Gemeinde nur noch zusätzliche Kosten, brachten jedoch keinerlei Einnahmen. Gleichzeitig brauchte die Stuttgarter Industrie Ausdehnungsmöglichkeiten und suchte diese vor allem im Neckartal. Deshalb hatte die Stadt schon immer großes Interesse, die Orte im Neckartal einzugemeinden: 1901 Gaisburg, 1905 Cannstatt, Untertürkheim und Wangen.

## Der Wunsch nach Eingemeindung

Dagegen wurde die Eingemeindung Botnangs über lange Jahre von der Stadt Stuttgart abgelehnt. Der Botnanger Hauptlehrer Friedrich Bartholomäi beendete seine "Chronik von Botnang" ("Chronik von Botnang" 1920, S. 155 f.) mit: *"Die Stadt (Stuttgart) sucht sich den längst als nötig und zweckmäßig erkannten Eingemeindungen zu entziehen. Aber all diese Abwehr und Ablenkungsmitteln werden der Stadt in Zukunft wenig nützen. Die Eingemeindung ist ein dringendes Bedürfnis und wird sich trotz aller aufgewandten Gegenmittel nicht länger verschieben lassen. Als Botnanger möchte ich der Stadt zurufen: Was du tun musst tue bald! Beiße in den sauren Apfel und sei deiner*

*Wohngemeinde nicht länger mehr ein Stiefvater, sondern mache Botnang gegenüber bald das Wort wahr, das einstens ein junger Ehemann seiner neu anvertrauten Frau nach der Hochzeit zugerufen hat: weil ich dich genommen habe, muss ich dich lieben. Und weil ich dich lieben muss, will ich dich gerne haben."*

Aus Botnanger Sicht sprachen viele Gründe für die Eingemeindung: Die starke Bevölkerungszunahme von 2.321 Einwohnern im Jahre 1885 auf mehr als 4.500. Die Infrastruktur der kleinen Gemeinde war überfordert. An eigene Gewerbeansiedlungen war durch die topographische Lage des Ortes nicht zu denken. Auch fehlte der Gemeinde Bauland für eine Industriensiedlung. Dazu kam die schlechte Verkehrsanbindung. Die Fuhrwerke mussten über das Feuerbacher Tal und den Pragsattel nach Stuttgart fahren. Botnang lag eben "hinter dem Berg", von Stuttgart aus gesehen durch den Kräherwald getrennt. Zwischen Stuttgart und Botnang bestand keine ausgebaute direkte Straßenverbindung.

## Das rote Botnang

Zudem war Botnang durch den sogenannten "vierten Stand" geprägt: Die Arbeiterparteien SPD, USPD und ab 1920 auch die KPD gaben den Ton an. Hier unterschied sich Botnang von der Residenzstadt Stuttgart (mit Adel und Geistlichen als erstem und Bürgertum als

Die ersten Pächter der Westheimer Bierhalle Hofstetter und ab 1914 Schachtler verstanden es die Bierhalle zu einem Treffpunkt der neu gegründeten Wohnsiedlung zu machen. Auch der damals noch unbekannte Willy Reichert setzte sich hier ans Klavier.





zweitem Stand) sowie von den Dörfern (mit Bauern als drittem Stand). Gerade in Württemberg waren die so genannten "Arbeiterbauern" kennzeichnend: Arbeiter, die zwar Lohnabhängige waren, aber immer noch ein eigenes "Gütle" besaßen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt aufbessern konnten. Damit hatten Parteien, die sich für die Besitzlosen einsetzten, in Württemberg wenig Chancen. In Botnang allerdings fassten sie Fuß. Fast immer war es der radikalste Flügel, der sich hier durchsetzte. Dieser linken politischen Grundüberzeugung schlossen sich nun auch viele der alten armen Botnanger Familien an. Sie taten sich ideologisch mit den neu Zugezogenen zusammen.

In Botnang wurde ab dem Ende des 19. Jahrhunderts immer sozialdemokratische Interessen und später auch kommunistische verfolgt. Wesentlichen Anteil an dieser Entwicklung hatte die Ansiedlung der Firma Mauz und Pfeiffer im Jahre 1921 in den stillgelegten Räumen der Gaststätte Graf Eberhard (heute Alte Stuttgarter Str. 45) mit der Fertigung von Staubsaugern (siehe "Botnanger Heimat", Ausgabe Nr. 28 zur

Der Erlass des Königlich Württembergischen Ministeriums des Innern zur neuen Schreibweise (unten) setzte sich erst langsam durch.

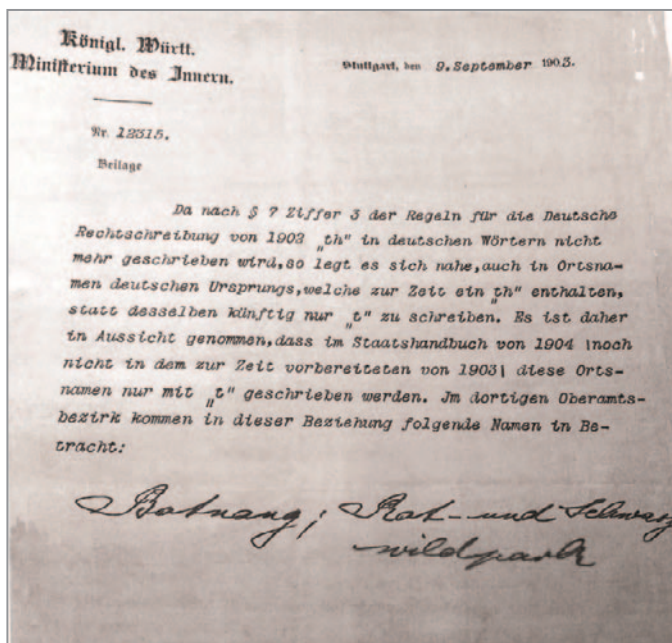
industriellen Geschichte des Stadtteils). Und so wurde aus dem Dorf der Wäscher und Bleicher das "Rote Botnang" und Ende der zwanziger Jahre "Klein Moskau".

## Die Probleme

Schon Ende des 19. Jahrhunderts war es den kommunalpolitischen Verantwortlichen in Botnang klar, dass die vielfältigen Probleme und Aufgaben des Ortes nur durch die Eingemeindung nach Stuttgart gelöst werden können.

Offene Fragen waren:

1. die Verbesserung der Verkehrsanbindung und die Straßenführung,
2. der Bau einer Kläranlage,
3. der Ausbau der Gas- und Stromversorgung,
4. der Ausbau der Wasserversorgung



5. der Neubau eines weiteren Schulhauses,
6. und finanzielle Unterstützung für die Schulen (vor allem die Gehälter der Lehrer und Sachkosten).

Die meisten Arbeiterinnen und Arbeiter Botnangs hatten ihre Arbeitsstelle und damit auch ihren Arbeitgeber in Stuttgart. Nach Stuttgart zahlten die Arbeitgeber ihre Steuern. Als Konsumenten waren die Botnangerinnen und Botnanger natürlich auch sehr willkommen. Die Einwohner Botnangs waren für die Stadt ein nicht zu unterschätzender wirtschaftlicher Faktor. Deshalb wäre es mehr als recht und billig, wenn sich die Stadt auch an den Lasten von Botnang beteiligen würde.

# Der erste Eingemeindungsantrag

Auf einer Botnanger Bürgerversammlung am 5. März 1904 wurde zum ersten Mal der Wunsch nach Eingemeindung öffentlich laut. Am 17. März 1904 wählten die Gemeinderäte eine siebenköpfige Eingemeindungskommission. Neben den Fragen der Eingemeindung sollte auch der Straßenbahnanschluss mit verhandelt werden. Noch im Juli desselben Jahres wurde der Eingemeindungsantrag an die Stadt Stuttgart gestellt. Der Stuttgarter Oberbürgermeister von Gauß, der keinerlei Interesse an der Eingemeindung Botnangs hatte, legte das Gesuch erst einmal zur Seite und stellte es im Gemeinderat der Stadt Stuttgart nicht vor.

Ein Jahr später - 1905 - stellte die Gemeinde Degerloch ihren Eingemeindungsantrag, der von der Stadt positiv aufgenommen wurde. Da beschlossen die Botnanger, aus der Reserve zu gehen und den Oberbürgermeister noch einmal anzusprechen. Gleichzeitig wandte man sich an den Innenminister von Pischeck

Doch trotz der wohlwollenden Unterstützung des Innenministeriums lehnte die Stadt Stuttgart, allen voran ihr Oberbürgermeister, die Eingemeindung weiterhin ab.

1907 stellten die Botnanger einen zweiten Antrag auf Eingemeindung. Dieses Mal war der Antrag allerdings mit dem deutlichen Hinweis verbunden, dass bei einer zweiten Ablehnung die Zwangseingemeindung beantragt werde. Oberbürgermeister von Gauß lehnte die Eingemeindung erneut ab. Er war aber zu finanziellen und technischen Hilfen für die Botnanger bereit:

1. den Anschluss an das Straßenbahnnetz,
2. den dazu notwendigen Straßenbau,
3. den Anschluss an das Gas und Stromnetz von Stuttgart,
4. die Beleuchtung der Straßen,
5. finanzielle Hilfe beim Bau des Schulhauses und
6. einen jährlichen Zuschuss von 10 000 Reichsmark zu den laufenden Schulkosten sowie
7. Amtshilfe allgemeiner und technischer Art.

Als Gegenleistung musste Botnang auf weitere Eingemeindungsanträge verzichten und durfte auch nicht mehr beim Innenministerium wegen einer Zwangseingemeindung vorstellig werden.

## Ein neuer Anlauf

In der Amtsversammlung des Amtsoberamtes Stuttgart vom 8. Januar 1908 wurde über den Eingemeindungsantrag von Degerloch nach Stuttgart gesprochen. Bei dieser Gelegenheit beklagte der Vertreter der Gemeinde Botnang, Gemeinderat Kast (SPD), die nicht ausreichende finanzielle Unterstützung Botnangs durch Stuttgart. Mit seinem Einwand erreichte er im Protokoll den Zusatz, dass mit der Eingemeindung Degerlochs nach Stuttgart auch über die Eingemeindung Botnangs verhandelt werden muss, weil Botnang als Gemeinde ihre öffentlichen Aufgaben nicht mehr ohne fremde Hilfe erfüllen kann.

Damit war das Thema Zwangseingemeindung wieder auf der Tagesordnung. Durch den Wegzug vom Gemeinderat Kast aus Botnang wählten die bürgerlichen Kollegien Schultheiß Eicheler als Vertreter Botnangs in die Amtsversammlung. Dieser engagierte sich allerdings nicht mehr für die Eingemeindung.



Das 1910/1902 errichtete Mädchenschulhaus.  
Der Entwurf stammte von Oberbaurat Groß.

mit der Bitte, die Sache Botnangs zu unterstützen und mit der Eingemeindung Degerloch nach Stuttgart auch gleich die Eingemeindung von Botnang zu beschließen. Von Pischeck hatte bereits bei der Eingemeindung Cannstatts 1905 im Landtag gesagt: *„die Eingemeindung Botnangs sei notwendig und nicht länger aufschiebbar. Wenn irgendeine Eingemeindung in Württemberg von öffentlichem und staatlichen Interesse diktiert wird, so ist es die Eingemeindung Botnangs nach Stuttgart“* (Schwäbische Tagwacht vom 17. Mai 1905, Nummer 113).





Die Einweihung der Straßenbahnlinie über den Botnanger Sattel am 31.1.1914. Die Linie 18 verband seither Botnang mit dem Stuttgarter Westen

Trotzdem wurde 1912 ein erneuter, dritter Eingemeindungsantrag an die Stadt Stuttgart gestellt; der aber, wie zu erwarten war, wieder abgelehnt wurde. Trotz dieser drei ablehnenden Bescheide hat man sich in Botnang nicht mit dem Status Quo abgefunden.

Anfang 1913 verbreitete die Württembergische Zeitung als auch der Zuffenhausener Anzeiger, dass in Botnang niemand mehr an der Eingemeindungsfrage Interesse hätte. Dagegen verwehrt sich der Botnanger SPD-Gemeinderat Kächele. Die Eingemeindungsfrage sei von der SPD seit den ersten Vorstößen 1904 nie aufgegeben worden. Die SPD forderte sobald wie möglich eine erneute Gemeindeversammlung. Dort sollte die ganze Bevölkerung zu diesem Thema noch einmal gehört werden, um Stellung beziehen zu können.

Am 11. März 1913 fand diese Versammlung statt, ca. 500 Teilnehmer waren anwesend. Vertreten waren auch Gemeinderat und Bürgerschafts-Mitglieder aus Stuttgart. Zudem waren einige Stuttgarter Bürger anwesend, die bereits in Botnang gebaut hatten oder hier einen Bauplatz kaufen wollten. Kritisiert wurde vor allen Dingen die Verein-



barung von 1907. Der Vorwurf an die Stadt Stuttgart lautete: *"Die Anschlusskosten für Gas und der Preis für den Verbrauch seien in der Stadt selbst deutlich günstiger als in Botnang. Auch stehe der Straßenbahnanschluss noch aus, und an eine Kanalisation sei noch nicht einmal zu denken. Das Herrichten der Straßen zur Aufnahme der Straßenbahnschienen war ebenfalls erheblich teurer als geplant. Und der Zuschuss zu den Schulkosten reiche bei weitem nicht mehr dafür aus. Zudem müssten die Botnanger jetzt auch noch schlechtes Neckarwasser trinken, weil versäumt wurde, in Botnang die reichlich vorhandenen Quellen rechtzeitig zu fassen."* ("Aufwiegler, Rebellen, saubere Buben" S. 176).

Auf dieser Versammlung wurde auch Bürgermeister Eicheler angegriffen. Er sei ein Gegner der Eingemeindung, hieß es. Doch dieser bestritt diesen Vorwurf. Seine Glaubwürdigkeit muss trotzdem gelitten haben. Denn für die nächste Periode der Oberamtsversammlung von 1914 bis 1916 wurde er nicht mehr als Vertreter Botnangs gewählt, noch nicht einmal als Stellvertreter. Gewählt wurde der Vorsitzende der SPD Fraktion des Gemeinderates Franz Kächele.

## Der erste Weltkrieg und das Kriegsende

Die Haltung von Bürgermeister Eicheler zur Eingemeindungsfrage lässt sich für uns heute aus den Unterlagen nicht mehr klären.

Tatsache ist allerdings, dass er 1896 noch auf Lebenszeit als Bürgermeister gewählt wurde. Mit der Eingemeindung würde er dieses Amt verlieren. Das hieße für ihn einen großen Verlust an Ansehen und Bedeutung. Allerdings wäre er auf jeden Fall sozial abgesichert gewesen.

Mit dem Beginn des 1. Weltkrieges bestimmten ganz andere Fragen das politische Tagesgeschäft. Von den 4425 Einwohner Botnangs waren insgesamt 1880 Männer in den Krieg eingerückt. Das war weit mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten – damals gab es noch kein Frauenwahlrecht (siehe Botnanger Heimat Nr. 32, Botnangerinnen – starke Frauen). Und so war an eine reguläre Gemeinderatsarbeit nicht mehr zu denken.

Erst nach Kriegsende kam das kommunale Leben wieder in Gang. Am 11. November 1918, als der Waffenstillstand von der Weimarer Republik unterzeichnet wurde, organisierte die SPD in Botnang bereits eine öffentliche Versammlung, in der Schultheiß Eicheler zum Rücktritt aufgefordert wurde. Anlass dafür waren die verschwundenen Lebensmittelbücher aus dem Rathaus. Unklar war dabei, ob es sich nur um eine Schlaperei oder einen Betrugsversuch handelte. Auch hat es nicht zu Eichelers Gunsten gesprochen, dass er das Amt des Ortssteuerbeamten für ein zusätzliches Gehalt übernommen hatte und diese Aufgaben nicht im Rathaus sondern abends in seinem Wohnhaus nachgegangen war. Doch bevor eine Untersuchung zu den verschwundenen Lebensmittelbüchern erfolgen konnte, erklärte Eichler in einer öffentlichen Sitzung der bürgerlichen Kollegien, dass

## Christian Eicheler

1866

Geburt in Hohenstaufen (Oberamt Göppingen)

1884

Ausbildung zum Verwaltungsbeamten anschließend Beginn der Laufbahn in Hohengehren (Oberamt Göppingen)

1894

Eheschließung

1895

Geburt des Sohnes Wilhelm

31.05.1897

Wahl zum Schultheißen in Botnang (noch auf Lebenszeit) Kauf und Bezug eines Wohnhauses mit großem Gartengrundstück in der Feuerbacher Straße (heute: Furtwänglerstraße 61)

30.01.1919

Dienstunfähigkeit aus Gesundheitsgründen (bestätigt durch das Katharinenhospital)

01.03.1919

Ruhestand (mit 53 Jahren) Bau und Bezug des Wohnhauses im Auberlenweg 8

1936

Tod im Alter von 70 Jahren beerdigt auf dem Botnanger Friedhof. Sein Grab ist heute noch vorhanden.



er am 1. April 1919 aus gesundheitlichen Gründen zurücktreten werde. Daraufhin beschlossen die bürgerlichen Kollegien in ihrer Sitzung im März, die Sache der verschwundenen Lebensmittelbücher nicht mehr weiter zu verfolgen. Alle Anzeichen sprachen damals dafür, dass bei einer weiteren Verfolgung des Sachverhaltes nichts mehr herausgekommen wäre, außer Unkosten.

## Auf der letzten Wegstrecke zur Eingemeindung

Auf der Bürgerversammlung am 5. März 1919 wurde eine Kommission gewählt, welche die





Botnang in einer colorierten Ansichtskarte um 1900

Geschäfte Botnangs weiterführen sollte. Der Innenminister Dr. Lindemann gab den Rat, keinen neuen Bürgermeister zu wählen, sondern bis zur bevorstehenden Eingemeindung nur einen Amtsverweser zu bestellen. Daraufhin wurde Herr Mayer als Amtsverweser gewählt. Seine Aufgabe bestand vor allen Dingen darin, die Eingemeindung voranzutreiben. Er hatte sich vor seiner Bestellung zum Amtsverweser die Garantie ausbedungen, dass er bei erfolgreicher Eingemeindung von der Stadt Stuttgart übernommen werde.

Anders als im Falle Botnangs war Stuttgart an weiteren Eingemeindungen interessiert und hatte im Frühjahr 1919 der Eingemeindung Hedelfingens zugestimmt. Dagegen protestierte die Botnanger Kommission aufs heftigste. Sie fühlte sich von der Bürgerversammlung ermächtigt, gegen den Beschluss des Stuttgarter Gemeinderates vorzugehen. Die Forderung damals lautete: Der Eingemeindung Hedelfingens nur dann zuzustimmen, wenn Botnang zeitgleich mit eingemeindet würde. Die Ablehnung Stuttgarts gegenüber der Botnanger Eingemeindung war nie eine finanzielle Frage, sondern vielmehr die Angst vor *"der bekannten roten Flut"* (Botnanger Zeitung vom 8.3.1919).

Das Innenministerium legte die für die Eingemeindungen nötigen Gesetzesentwürfe vor. Hier war die Eingemeindung Botnangs nach Stuttgart nie umstritten. Trotzdem dauerte es über ein Jahr, bis der neue Innenminister Graf

die dafür entsprechenden Gesetzesentwürfe fertig hatte. Da hieß es dann, wichtiger als die Eingemeindungen von Hedelfingen und Obertürkheim seien zunächst die Eingemeindungen von Botnang und Kaltental. Sie müssen vorher oder mindestens zeitgleich erfolgen (Botnanger Zeitung vom 20.7.1920). Auf erneuten Druck des Innenministeriums lenkte am 18. Dezember 1920 der Stuttgarter Gemeinderat ein und die Eingemeindung wurde beschlossen. Der Vertrag knüpfte an die Bedingung, dass gleichzeitig mit der Eingemeindung Botnangs und Kaltentals die Eingemeindungen von Hedelfingen und Obertürkheim stattfinden müssten. Den harten Brocken Botnang glaubte die Stadt Stuttgart durch die Leckerbissen von Hedelfingen und Obertürkheim besser schlucken zu können. Es dauerte dann noch bis zum 1. April 1922, bis die Eingemeindung endgültig vollzogen wurde. Der Grund dafür war: In Stuttgart musste noch die Bezirkssatzung geändert werden. Dies zog sich in die Länge. Entsprechend heißt es im Paragraph 10 des Eingemeindungsvertrages zwischen der Stadtgemeinde Stuttgart und der Gemeinde Botnang, *"die Stadt Stuttgart ist an die vorstehende Vereinbarung nur in dem Fall gebunden, dass spätestens gleichzeitig mit der Eingemeindung Botnangs auch die Eingemeindungen der Gemeinden Hedelfingen und Obertürkheim erfolgt"*. In diesem Satz spiegelt sich die ganze Problematik rund um die Eingemein-

ding Botnangs nach Stuttgart wieder. Die Gemeinde war in Stuttgart nicht willkommen. Die Stuttgarter müssen die Botnanger als bittere Pille schlucken, um Hedelfingen und Obertürkheim zu bekommen. An der Eingemeindung von Hedelfingen und Obertürkheim war Stuttgart unmittelbar interessiert. Sie benötigte beide Gemeinden, um die Voraussetzungen für den Bau des Stuttgarter Hafens zu schaffen. An Obertürkheim war damals auch die Stadt Esslingen interessiert. Insofern war Eile geboten. Botnang war für die Stadt Stuttgart uninteressant. Über 20 Jahre hinweg hat Stuttgart alles getan, um sich das "Rote Botnang" vom Leibe zu halten.



## Es ist geschafft

Große Feierlichkeiten zur Eingemeindung fanden nicht statt. Lediglich die Schüler und Schülerinnen bekamen einen Tag schulfrei und erhielten eine Brezel als Geschenk. Auch wenn die Freude der Botnanger Kinder über eine Brezel und einen Tag schulfrei groß war, war die Enttäuschung vieler kommunalpolitisch interessierter Botnangerinnen und Botnanger groß. Sie hatten eine deutlich größere Aktion der Stadt Stuttgart erwartet. Das war auch der Stadtverwaltung klar. Sie wollte die Verabschiedung des Eingemeindungsgesetzes durch den Landtag abwarten. Das Gesetz über die Vereinigung von Hedelfingen, Obertürkheim, Botnang und Kaltental mit Stuttgart wurde am 24. Mai 1922 vom Landtag beschlossen und im Regierungsblatt für Württemberg Nr. 26 am Donnerstag, den 8. Juni 1922, veröffentlicht.

Am 1. Juni 1922 fand dann eine für die Stadtgeschichte Stuttgarts denkwürdige Stadtrats-sitzung statt. In ihr wurden die Orte Obertürkheim, Hedelfingen, Botnang und Kaltental in die Stadt Stuttgart aufgenommen. In einer langen Rede würdigte Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager diesen Anlass. Geladen waren zu dieser Sitzung der Innenminister Graf, der Berichterstatter des Ministeriums des Inneren Herr Ministerialrat Dr. Michel, der Rechtsrat

der Stadt Stuttgart Dr. Kopp, die Gemeinderatsmitglieder der vier Gemeinden und derjenigen von Stuttgart. In seiner Rede stellte der Oberbürgermeister zufrieden fest:

*"Die Gemeinden sind Teile von Stuttgart geworden; ihre Angelegenheiten werden von nun an vom Gemeinderat Stuttgart verwaltet. Die Gemeinden gehen in die Obhut der Stadt Stuttgart über; ihr Schicksal ist das Schicksal der Landeshauptstadt geworden.*

*Mit der Aufgabe der Selbständigkeit verlieren die Gemeinden ihr höchstes Rechtsgut. Es ist Sache der Stadt Stuttgart den Verlust durch loyale Ausführung der Eingemeindungsverträge auszugleichen. Dass dies geschehen wird, ist niemand berechtigt zu bezweifeln. Die Bewohner der vier Vororte sollen sich als Stuttgarter fühlen, als gleichberechtigte Glieder der Gesamteinwohnerschaft der Stadt. Damit ist aber nicht gesagt, dass das noch weiterhin erhaltene ländliche Eigenleben, das die Gemeinden bisher geführt haben, sich nicht fortsetzen soll. Im Gegenteil kann man nur wünschen und hoffen, es möge der heutige Charakter der Vororte, es mögen ländliche Sitten und Gebräuche und ländliche Gewohnheiten soweit sie sich in dem Rahmen der für das ganze Stadtgebiet geltenden Vorschriften einfügen lassen, tunlichst erhalten und noch für lange Zeit hin auch gepflegt werden. Damit steht die Forderung nicht im Widerspruch, die wir an unsere neuen Mitbürger stellen müssen, die lokalen Interessen zurück zu setzen, wenn es sich um die Forderung des Wohles der Gesamt-Stuttgarter Interessen handelt.*

*Es wird hüben und drüben viele geben, die den alten Zustand besser und schöner finden, als den neugeschaffenen, die die Vorteile der Vereinigung nicht sehen und eingestehen wol-*



len." (Amtsblatt der Stadt Stuttgart, 3. Juni 1922).

Im weiteren seiner Rede gab der Oberbürgermeister einen Überblick über die Geschichte der Eingemeindungen. Dabei hob er die Bedeutung seiner Stadtverwaltung - vor allem von Rechtsrat Dr. Kopp - um die Eingemeindung von Obertürkheim und Hedelfingen hervor, zumal sich ja auch die Stadt Esslingen sehr um die Eingemeindung von Obertürkheim bemühte. Zu den Eingemeindungen von

Links ein Blick in die Alte Stuttgarter Straße. Unten das alte Rathaus in der Solitude Straße (heute Eltinger Straße)



Botnang und Kaltental bemerkte er nur lakonisch, dass es keine Liebesheirat, sondern eine Pflichtübung war, die unter dem Druck des Innenministeriums zustande gekommen war. In allen vier Eingemeindungsverträgen heißt es im gleichen Wortlaut in § 2 (hier am Beispiel Botnangs) *"Die bisherige Markung besteht weiter, ohne das jedoch Botnang eine Teilgemeinde des 7. Abschnitts der Gemeindeordnung vom 28. Juni 1906 bilden würde."*

Mit der Eingemeindung der vier Orte vergrößerte sich die Markung Stuttgarts von 6.521 ha um 2.237 ha auf 8.758 ha. Dazu trug Botnang mit 1.244 ha bei. Der Ort selbst besaß allerdings nur eine Fläche von 191 ha (heute 213,5). Der Rest stammt aus der Fläche des Schwarz- und Rotwildparkes (1.053 ha). Allerdings war der Besitzer davon jetzt das Land Württemberg. Für viele Stuttgarter Bürger und Bürgerinnen bedeutete das nur, dass sie auf der eigenen Markung ausgedehnte Spaziergänge machen konnten. Die Einwohnerzahl Stuttgarts wuchs durch die Eingemeindungen von 309.107 um 14.375 auf

323.487. Davon trug Botnang mit 4.524 bei (die Zahlen stammen von 1919).

Am Ende der Gemeinderatssitzung dankte der Schultheiß Knaus von Obertürkheim dem OB für die freundliche Rede anlässlich der Eingemeindung für die vier Gemeinderäte der eingemeindeten Orte und gab der Hoffnung Ausdruck, dass die Vereinigung dem Wohle aller dienen sollte. Im Anschluss fand dann noch eine nicht öffentliche Nachsitzung im Stuttgarter Ratskeller statt. Dort sollen auch noch einige launische Reden gehalten worden sein. Über das Ende der Nachsitzung ist nichts überliefert. Allerdings fuhrn spät in der

Nacht drei Straßenbahnsonderzüge der Linie 1 über die Karlsvorstadt, Heslach nach Kaltental, die Linie 16 über Wangen nach Hedelfingen und weiter nach Obertürkheim und die Linie 18 nach Botnang.

## Die Rechtslage nach der Eingemeindung

In der Gemeindeordnung von 1906 waren zwei Arten von Eingemeindungen vorgesehen: mit und ohne den Status einer Teilgemeinde.

Mit dem Status einer Teilgemeinde war durch die unechte Teilortswahl das Recht verbunden, ein oder zwei Stadträte in den Stuttgarter Gemeinderat zu entsenden. Darauf wollte sich die Stadt Stuttgart aus verständlichen Gründen nicht einlassen: Wenn jeder eingemeindete Vorort einen oder zwei Vertreter in den Stadtrat entsenden würde, würde dies zu einer Aufblähung des Stuttgarter Stadtrates führen und hätte eine vernünftige Gremiumsarbeit zunichtegemacht. In Stuttgart galt es nach Artikel 72 der Gemeindeordnung 42 Stadträte zu wählen. Nur Obertürkheim bekam das Recht zugesprochen, für eine Wahlperiode ein Mitglied mit beratender Stimme in den Gemeinderat zu entsenden.

Botnang wurde, wie alle anderen 3 Stadtteile ohne den Status einer Teilgemeinde eingegliedert und konnten deshalb keine Stadträte entsenden. Die Gemeinde hatte das Glück, dass bei der 1. ordentlichen Stadtratswahl 1922 eine Vertreterin in den Stadtrat gewählt wurde: Christine Everts.



Der Erhalt des alten Friedhofs mit dem 1917 errichteten Kriegerdenkmal ist der Botnanger Vertreterin im Stuttgarter Gemeinderat Christine Everts zu verdanken (siehe Botnanger Heimat Nr. 27 zur Bestattungskultur).

Mit Christine Evers hatte der Ort eine sehr engagierte und erfolgreiche Vertreterin seiner Interessen im Stadtrat. Sie war nicht nur eine engagierte Sozialdemokratin sondern genoss darüber hinaus im gesamten Stadtrat ein hohes Ansehen. Ihr gelang es durch ihre Kontakte, einige Botnanger Wünsche durchzusetzen. Einmal war dies die Erhaltung des Alten Friedhofes als Grünanlage und als Platz für das 1917 errichtete Kriegerdenkmal. Zum zweiten setzte sie durch, dass in der Sommerhalde nur zweistöckig gebaut werden durfte. Und schließlich rang sie der Stadt auch noch die Zusage ab, die Straßenbahnlinie bis in die Griegstraße zu verlängern. Christine Everts war bis zur Machtergreifung der Nationalsozialisten im Gemeinderat, dann verlor sie ihr Mandat. Sie war nach dem 2. Weltkrieg von 1951 bis 1966 für die SPD im Bezirksbeirat, bis sie dann altershalber ins Altenheim Pfostenwäldle nach Feuerbach zog. Dort starb sie 1977 hochbetagt.

## "Der heutige Charakter der Vororte möge erhalten bleiben"

In seiner Rede zur Eingemeindung betonte der Oberbürgermeister ausdrücklich, der heutige Charakter der Vororte möge erhalten bleiben und viele Sitten und Gebräuche sollten weiter gepflegt werden. Dabei dachte er an die ländliche Struktur der vier Orte, an ihr Vereinswesen, die Kirchweihfeste, die Freiwilligen Feuerwehren und Ähnliches. In Obertürkheim gab es damals schon einen eigenen Markt, der

sollte natürlich auch bestehen bleiben. Zudem befand sich eine weiterführende Schule (Mittelschule) im Aufbau. Auch diese sollte nun unter der Stadt Stuttgart weiter ausgebaut werden.

Zu den Eigenheiten Botnangs gehörte seine sozialdemokratische und kommunistische Prägung. Ob der Oberbürgermeister auch meinte, solche lokale Gewohnheiten sollten im bisherigen Sinne weitergehen, ist bei einem bürgerlich geprägten Oberbürgermeister nur schwer vorstellbar. Auf jeden Fall hatte der Ort hier einiges vorzuweisen. Maifeier (1. Mai) und Revolutionsfeier (9. November) waren von überregionaler Bedeutung mit bedeutenden Rednern. Sozialdemokratische und kommunistische Gesangs- und Sportvereine, die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Naturfreunde trugen zu einer ausgeprägten Arbeiterkultur bei. Vorträge von namhaften Referenten wie August Thalheimer, Klara Zetkin, Arthur Crispian, Karl Schumacher, Erhard Schneckenburge, Friedrich Wolf fanden überregionale Bedeutung.

Für den Stuttgarter Oberbürgermeister war die Eingemeindung Botnangs eher ein notwendiges Übel, denn eine Herzensangelegenheit.





## Katholische Kirchengemeinde

Um die Jahrhundertwende gab es in Botnang ca. 100 Katholiken. Sie wurden keiner Pfarrgemeinde zugeordnet. Erst ab November 1901 wurden sie in St. Elisabeth im Stuttgarter Westen eingegliedert. Seitdem waren die Geistlichen von dort für die Botnanger Katholiken zuständig.

Ende der zwanziger Jahre suchte der Redemptoristenorden eine Niederlassung in Stuttgart. Der damalige Stadtpfarrer Msgr. A. Fleck nutzte die Chance und bot dem Orden ein Grundstück in Botnang an. Darauf baute die Gemeinde eine Kirche und der Orden ein Kloster.

Die Patres sollten die Seelsorge in Botnang übernehmen und die Kirche sollte von den Mönchen und den Botnangern genutzt werden. Bereits 1933 fand die Einweihung statt. In der Einweihungsschrift hieß es: *„Der hochwürdige Pater Expositurvikar Sauter wird unter der Oberaufsicht des Stadtpfarrers von St. Elisabeth alle seelsorgerischen Funktionen verrichten – schenkt ihm euer ganzes Vertrauen.“* Erst am 1. Oktober 1958 wurde St. Clemens zu einer selbständigen Pfarrei.

## Evangelische Kirchengemeinde

Die Evangelische Kirchengemeinde war seit der Reformationszeit eine selbständige Kirchengemeinde. Botnang gehörte zum Amtsdekanat Stuttgart. Der Amtsdekan war in der Regel der 1. Pfarrer an der Leonhardskirche in Stuttgart mit dem Titel Amtsdekan. Im Gegenzug dazu gab es den Stadtdekan für die Stuttgarter Gemeinden. Der Stadtdekan war der 1. Pfarrer an der Hospitalkirche und führte bis zum 2. Weltkrieg den Titel Prälat von Stuttgart.

Durch einen Verwaltungsakt wurde mit der Eingemeindung die Evangelische Kirchengemeinde Botnang aus dem Amtsdekanat ausgegliedert und wurde eine Teilgemeinde der Gesamtkirchengemeinde Stuttgart. Am kirchlichen Leben änderte sich dadurch nichts. Nur einige Verwaltungsaufgaben wurden zentral von der Gesamtkirchengemeinde übernommen. An dieser Struktur hat sich bis heute nicht viel Grundsätzliches geändert.

Es gab eine eigene Arbeitertheatergruppe. Die Aufführung von Schillers Räuber sorgte, wie Zeitzeugen wussten, weit über Botnang hinaus für Aufsehen. Eine eigenständige Arbeiterbibliothek wurde aufgebaut und ständig erweitert, um der bürgerlichen Verleihbibliothek etwas entgegen zu setzen. Dazu kam der Homöopathische Verein mit dem Ziel, Mitglieder mit kleinen Monatsbeträgen vor großen Apotheken- und Doktorrechnungen zu bewahren. Viele Botnanger bezogen über den Verein verbilligte Medikamente. Der Konsumverein freute sich in Botnang großer Beliebtheit und gewann eine immer größere Bedeutung für die Versorgung der Botnanger Bevölkerung. Die AWO und der kommunistische Gesangsverein Freiheit gründeten eigene Waldheime und betrieben eine intensive Kinder- und Jugendarbeit.

Bereits vor dem 1. Weltkrieg fand die Freidenkerbewegung in Botnang ihre ersten Anhänger. Freidenker lehnten jede Religion und alle religiösen Gruppen ab. Eine große Rolle – vor allem nach dem Weltkrieg – spielte der von Ernst Haeckel gegründete Monistenbund. David Richard Precht schreibt dazu (*„Philosophiegeschichte“*, S. 265): *„Nach Haeckel sei für den Dualismus von Seele und Leib der Philosophie kein Platz mehr. Überzeugend sei einzig und allein der Monismus; Eine Weltanschauung, dass alles Physische und Psychische untrennbar zusammengehören.“*

*„Der Monismus“*, so Haeckel in seinem Buch *Welträtsel* (1899, S. 13, zitiert nach Precht 2019, S. 256) – *„erkennt im Universum nur eine einzige Substanz, die Gott und Natur zugleich ist. Körper und Geist sind untrennbar verbunden. Die Suche danach sei kein immaterielles Eigenes, sondern sie wohne der Natur inne. Damit sei die Frage beantwortet, wie aus Materiellem Geistiges entsteht. Es ist immer schon im Materiellen enthalten.“*

Haeckels Buch *„Welträtsel“* wurde zu einem Bestseller mit einer Auflage über 300.000 Exemplaren.

## Die Arbeiterparteien und die Kirche

Nach Meinung der Arbeiterparteien unterstützten die Kirchen den Ersten Weltkrieg. Die Gottesdienstbesucher bekamen zum Kriegsbeginn von dem Stuttgarter Prälaten Traub zu hören: *„Sie wollen uns niederschlagen, verlogene Romanows an der Spitze des Slawen-“*

# Botnang und König Wilhelm II.

Eine ganz besondere Beziehung bestand zwischen dem letztem König Württembergs und Botnang, zu der auch die lange Zeit bis zur Eingemeindung beitrug.

Am 30. November 1918 dankte König Wilhelm II (1891 bis 1918) ab und erklärte:

*"An das Württembergische Volk! Wie ich schon erklärte, soll meine Person niemals ein Hindernis sein für die freie Entwicklung der Verhältnisse und dessen Wohlergehen. Geleitet von diesem Gedanken lege ich an dem heutigen Tag die Krone nieder."* Gleichzeitig nahm er für sich und seine Familie den Titel Herzog von Württemberg an.

Viele Botnangerinnen und Botnanger und vor allem die Kinder kannten ihn, weil er auf seinen Spaziergängen zur Solitude auch regelmäßig durch Botnang kam. Wenn er durch die Solitude Straße (heute Eltinger Straße) ging, grüßten ihn die Kinder: "Grüß Gott Herr König" und streckten ihm ihre Hände entgegen. Alle wussten: vom König bekommst du Süßigkeiten oder Kleingeld, um welche zu kaufen.

Als im November 1918 der erste Weltkrieg verloren ging, in Berlin die Monarchie durch die Revolution abgeschafft wurde und der Kaiser abdanken musste, machte die Revolution auch vor den Toren Stuttgarts nicht halt. Auch König Wilhelm II dankte ab. Die Enttäuschung des Königs über die Stuttgarter war groß. In seiner Verbitterung hat er geschworen: *"nicht einmal als Toter, die ehemalige Residenzstadt zu betreten."* In Bebenhausen bei Tübingen verbrachte er seinen Lebensabend. Am 2. Oktober 1921 starb er dort. Sein Wunsch war, auf dem Alten Friedhof in Ludwigsburg neben seiner ersten Frau, Prinzessin Marie zu Waldeck und Pymont (gestorben 1882) begraben zu werden. Am Freitag den 7. Oktober startete der Trauerzug in Bebenhausen mit 4 Kraftwagen: ein Leichenwagen aus Ludwigsburg, ein Wagen für die Begleitperson und zwei Wagen für die Blumen und Kränze. In den Ortschaften, durch die der Zug kam, läuteten die Kirchglocken, die Autos fuhren Schritttempo und am Wegesrand nahm die Bevölkerung von "ihrem König" Abschied.

Der Zug führte durch Holzgerlingen, Böblingen und Vaihingen. Von dort ging es über Botnang, Feuerbach und Zuffenhausen nach Ludwigsburg. Der Weg über Botnang war deshalb möglich, weil die geplante Eingemeindung Botnangs nach Stuttgart noch nicht vollzogen war. Im Schwäbischen Merkur in der Abendausgabe vom 07. Oktober 1921 heißt es: *"Botnang: Wer nicht irgendwie, durch Beruf oder sonst dringliche Tätigkeit gebunden war, harrete an der Straße, auf der der hohe Tote seine letzte Fahrt vollenden sollte. Endlich kündete Glockengeläut die Einfahrt des Leichenzuges im oberen Ortsteil an. Bald darauf kamen die Wagen in Sicht. Voran ein mit Blumen und Kranzspenden voll geschmückter Wagen, dann folgte schwarz drapiert, ebenfalls mit Kränzen geziert, der Wagen, der den Verschiedenen barg, gefolgt von einem weiteren Blumen und Kranzwagen. Der vierte Wagen mit der Begleitung schloss den Zug ab. Kinder und Erwachsene streuten Blumen und Herbstlaub auf die Straße."*

Der Zug führte am Erholungsheim (heute Karl-Wacker-Heim) über die Vaihinger Straße (heute Vaihinger Landstraße) bis zur Einmündung des Brahmsweges. Dort wurde ein kurzer Halt eingelegt. Monarchisch gesinnte Bürgerinnen und Bürger aus Stuttgart nahmen hier Abschied und übergaben hier ihre Blumengeschenke und Kränze. Dann führte der Weg weiter über die Vaihinger Straße zum scharfen Eck (heute Ecke Vaihinger Landstraße/Alte Stuttgarter Straße) in die Stuttgarter Straße (heute die Alte Stuttgarter Straße) bis zur Solitude Straße. Bei der Kirche gab es den zweiten Halt. Hier konnten die Botnangerinnen und Botnanger Abschied nehmen. Der Gärtnereiverein, mit damals mehr als 30 Mitgliedern ein konservativer und monarchistisch geprägter Verein, überreichte weitere Kränze und Blumengebinde. Dann fuhren die Wagen über die Feuerbacher Straße (heute Furtwänglerstraße) in Richtung Feuerbach.

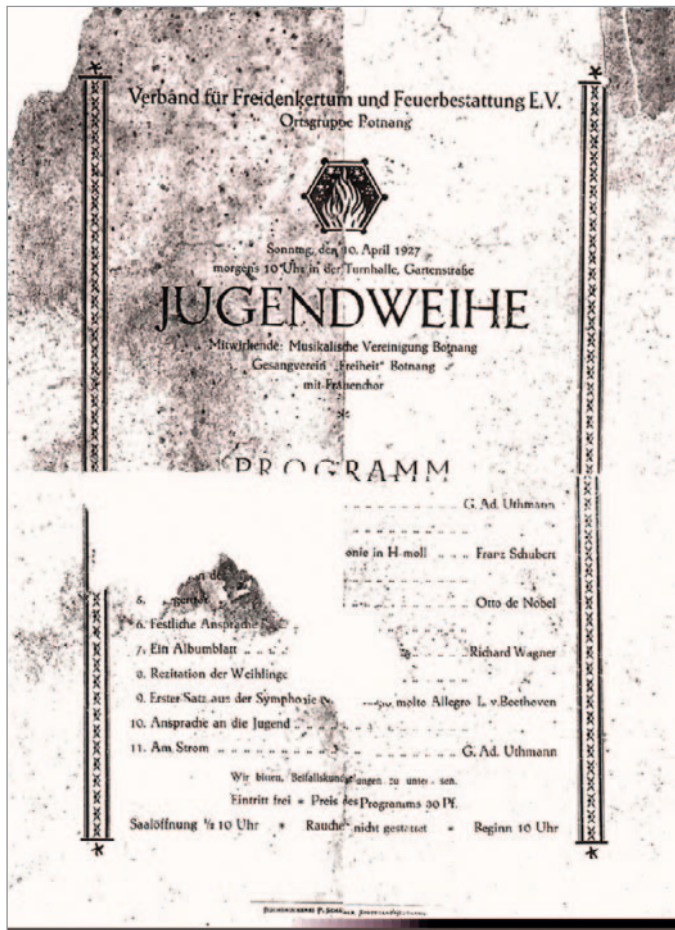
Es überrascht, dass in einem Ort wie Botnang, in dem bei Wahlen die drei linken Parteien (SPD, USPD, KPD) über 70 % der Stimmen bekamen, einem ehemaligen Monarchen solch große und ehrliche Anteilnahme gezollt wurde. Dies spricht für die hohe persönliche Integrität von Wilhelm II. und hat wahrscheinlich nichts mit einer monarchischen oder konservativen Stimmung in Botnang zu tun.

*tums, rachsüchtige Franzosen und - es tut weh und ist das Unheilvollste - England, trotz aller Blutverwandtschaft und einer Fülle geistigen und religiösen Besitzes, neidverblendet."*

Oder Immanuel Groß, Pfarrer und Amtsdekan an der Leonhardskirche: *"Es sind Tage des Gerichtes, die wir erleben. Aber schon bald wird Christus, wenn er unsere Art in seinem Sinne zu kämpfen sieht, Partei für das Deut-*

*sche Volk nehmen"* (T. Schröder, die Evangelische Kirche im 1. Weltkrieg). Noch im April 1918 erfolgte ein Aufruf von den Kanzeln, Geld zur Verfügung zu stellen und weitere Kriegsanleihen zu zeichnen. Das verstärkte noch mehr den Eindruck, die Kirche handle im Sinne der kriegsführenden Parteien. So darf sich niemand wundern, dass die Arbeiterparteien immer engagierter zum Kirchenaustritt aufriefen.





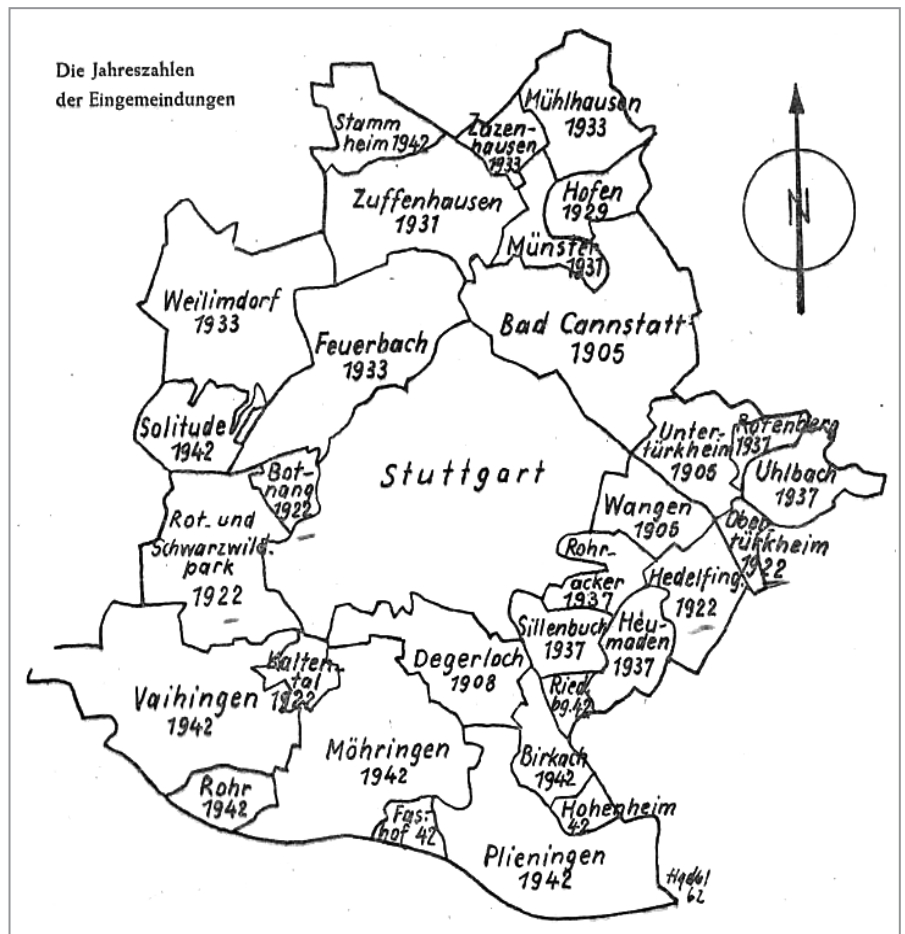
Der "Verband für Freidenkertum und Feuerbestattung" machte auch der kirchlichen Konfirmation mit einem Programm Konkurrenz. (Fragment der Einladung zur Jugendweihe 1927)

Haus zu Haus zogen, um zum Kirchenaustritt aufzurufen. Dazu verteilten sie bereits vorgedruckte Formulare.

Aber schon lange vor dem 1. Weltkrieg begannen die Zerwürfnisse zwischen Kirche und Arbeiterschaft. In der schwäbischen Tagwacht aus ihrem Gründungsjahr 1890 wurde ein Artikel über eine Predigt am Kirchweihfest von Pfarrer Dr. Camerer, Botnang veröffentlicht: "Als der Pfarrer nach dem Gebet seine Zuhörer überblickte und die ganze Anzahl sah (außer Frauen und Mädchen bloß 5 Männer), fing er im gereizten Ton über die Sozialdemokraten an zu schimpfen, welche schuld seien, dass niemand mehr in die Kirche gehe. Diese seien nicht mit Menschen sondern mit Tieren zu vergleichen, welche den Staat vernichten und dem Vergnügen nachlaufen wollen und die mit nichts zu befrieden seien. Das Schimpfen unseres Pfarrers über die Sozialdemokratie würden wir noch hingehen lassen, weil wir wissen, dass er von der Sozialdemokratie und ihrem Programm keine Ahnung hat. Niemals aber ist es entschuldbar, eine große Anzahl von Männern, fast die ganze Arbeiterschaft Botnangs mit Tieren zu vergleichen. Welchen

Die Eingemeindungen zwischen 1905 und 1942. Ein großer Teil wurde in der NS-Zeit vollzogen.

Die Botnanger Bevölkerung, von jeher nicht besonders fromm, wandte sich von nun an im verstärkten Maße von der Kirche ab. Im Kirchengemeinderatsprotokoll vom 24.10.1919 taucht zum ersten Mal ein Bericht über die immer häufiger werdenden Kirchenaustrittserklärungen auf. Unterstützt wurde die Austrittsbewegung durch öffentliche Vorträge und Artikel in der Botnanger Zeitung. "Heraus aus der Kirche" und "Heraus mit den Kindern aus dem Religionsunterricht" war die offizielle Parole. Am 19. Februar 1922 wurde in Botnang eine Ortsgruppe der Freidenker und Monisten gegründet. Das war ein weiterer Schritt auf dem Weg zu der Kampagne der Kirchenaustrittsbewegung. Höhepunkt der Bewegung war 1927, als die Funktionäre der Freidenker von



*Eindruck muss es auf die Kinder machen, wenn der Pfarrer die Eltern, welche der Sozialdemokratie angehören, mit Tieren vergleicht. Und wenn die Arbeiter 6 Tage in der Woche in aller Frühe nach Stuttgart laufen um spät abends ermüdet heimzukehren, so nennt das der Herr Pfarrer dem Vergnügen nachlaufen. Ja, Herr Pfarrer, dem Vergnügen laufen andere Leute nach, welche nicht durch ihrer Hände Arbeit ihr kärgliches Brot verdienen müssen.*" (Nicht das Ich, sondern das Wir. 100 Jahre SPD in Botnang (1890 - 1990), herausgegeben vom SPD Ortsverein Botnang).

Dieser Zeitungsartikel zeigt bereits Ende des 19. Jahrhunderts die große Kluft auf, die sich zwischen der Sozialdemokratie und der Kirche auftat. In der Weimarer Zeit war diese Kluft in Botnang schier unüberwindbar. Zeitzeugen berichten, dass bei der Investitur von Pfarrer Ries 1925 vor Tagesanbruch eine Fuhre Mist vor der Eingangsstaffel des Pfarrhauses abgeladen wurde. Während des Gottesdienstes waren mehr Menschen demonstrierend auf der Straße als in der Kirche. Sie riefen *"wir brauchen Brot und keinen Pfarrer!"* Betroffene berichten auch, dass häufig die Männer aus der Kirche ausgetreten waren und die Frauen und Kinder in der Kirche blieben. Die Kinder

**In den hundert Jahren nach der Eingemeindung hat diese Entscheidung niemand ernsthaft kritisiert oder gar bedauert. Sieht man einmal von den eigenwilligen Vorstellungen des Bezirksvorstehers Reinhold Wagner (1977 bis 1982) ab, der sich ernsthaft um Mitstreiter für ein selbständiges Botnang bemühte. Die Lage Botnangs, ringsum von Wäldern umgeben, im idyllischen Talkessel von Metzger-, Sommerhalden-, Buberles- und Knapenbach gelegen, getrennt durch den Kräherwald vom lauten und hektischen Treiben der Innenstadt, machte Botnang über viele Jahre zu einem echten Geheimtipp für gutes Leben und ruhiges Wohnen. Heute zählt Botnang zu den bevorzugten Wohnlagen Stuttgarts.**

wurden dann mit dem Auftrag in den Konfirmandenunterricht geschickt, den Pfarrer bis zur Weißglut zu ärgern. Im Religionsunterricht in der Schule, der vom Pfarrer gehalten wurde, hatten sie denselben Auftrag.

In dem Abschnitt über die Kirchengemeinschaftsbewegung im Buch "Aufwieglern, Rebellen, saubere Buben" (S. 272) schätzen die Verfasser, dass mehrere hundert Personen in dieser Zeit ausgetreten waren. Erst durch die Machtübernahme 1933 der Nationalsozialisten gewannen die Kirchen wieder die Oberhand über die Freidenker, denn alle Freidenkerverbände wurden verboten. Allerdings tat sich dann im Nationalsozialismus eine noch viel größere Gefahr auf, die zu weitaus größeren Austrittsbewegungen führte.

Das Verhältnis zwischen der Evangelischen Kirche und der Sozialdemokratie verbesserte sich in Botnang erst in den 1960er und 1970er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Es war Pfarrer Dr. Hans Vorster, dem der Brückenschlag gelang. Er trat damals der SPD bei und brachte in die verhärteten Fronten Bewegung. Dabei darf aber nicht verschwiegen werden, dass dies innerhalb der Kirchengemeinde zu großen Spannungen führte.

<p><b>Impressum/ Quellen</b></p> <p>Bartholomäi, Friedrich (1920): "Chronik von Botnang" Stuttgart</p> <p>Precht, Richard David (2019): "Philosophiegeschichte", Band 3, München, 3. Aufl. (Goldmann)</p> <p>"Aufwieglern, Rebellen, saubere Buben", Alltag in Botnang, Geschichte eines Stuttgarter Stadtteils (1994), Veröffentlichung des Archivs der Stadt Stuttgart, Band 63</p> <p>Blätter für Württembergische Kirchengeschichte, im Auftrag des Vereins für Württembergische Kirchengeschichte (2017): 117. Jahrgang, S. 85 ff. Tilmann M. Schröder "Es sind Tage des Gerichts die wir erleben", Die evangelische Kirche im 1. Weltkrieg</p> <p>Chronik der katholischen Kirchengemeinde St. Clemens in Stuttgart-Botnang 1998, Hans Nestle (Privatdruck)</p> <p>"Nicht das ich sondern das wir"</p>	<p>100 Jahre SPD in Botnang (1890-1990), Herausgeber Ortsverein Botnang</p> <p>Dr. Hugo Lindemann: Die Württembergische Gemeindeordnung vom 28. Juli 1906, Stuttgart 1912</p> <p>Bilder:</p> <p>Franz-Schubert-Schule (Chronik von Botnang)</p> <p>Bilder der Straßenbahn (SSB AG)</p> <p>Bilder aus Botnang (Bezirksamt Botnang)</p> <p>Kriegerdenkmal (Stadtarchiv Stuttgart)</p> <p>Bilder Eicheler (Heiderose Raichle)</p> <p>Eingemeindungsvertrag und Gehaltsliste der damaligen Mitarbeiter (Stadtarchiv Stuttgart)</p> <p>Dia Beethovenstraße (Sabine Jung-Kollmer)</p> <p>Westheimer Bierhalle (Bildarchiv Stuttgarter Nachrichten)</p> <p>Oberbürgermeister Dr. Lautenschlager (Stadtarchiv Stuttgart)</p>	<p>Arbeitskreis Botnanger Heimatgeschichte: Fritz Egelhof, Waldemar Grytz, Gisela Häbich, Doris Jetter, Günther Köck, Jochen Kretschmaier, Mina Smakaj, Sylvia Stieler</p> <p>Grafische Gestaltung: Waldemar Grytz</p> <p>Herausgegeben vom Arbeitskreis Botnanger Heimatgeschichte (Kontaktanschrift: Bezirksamt Botnang, Klinglerstr. 7, 70195 Stuttgart) mit finanzieller Unterstützung durch den Bürgerverein Botnang e.V.</p> <p>Der Arbeitskreis Botnanger Heimat bedankt sich bei Frau Heiderose Raichle, Frau Sabine Jung-Kollmer, bei der SSB AG und dem Stadtarchiv für die Mithilfe bei den Recherchen sowie beim Bürgerverein Botnang e.V. für die finanzielle Unterstützung.</p> <p>Druck: Innovation Aschenbroich, Stuttgart</p> <p>Nach wie vor besteht - so lange der Vorrat reicht - die Möglichkeit, alle bislang erschienenen Heimatblätter beim Bezirksamt zum Preis von insgesamt 15,00 Euro zu erwerben.</p>
--	--	--